



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
EJPD

Per Mail: [SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch](mailto:SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch)

Bern, 5. Dezember 2018

**Änderung der Asylverordnung 2 und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und Abgeltung der Kantone für die Kosten von unbegleiteten Minderjährigen im asyl- und Flüchtlingsbereich; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz IAS Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Wir begrüssen die Erhöhung der Abgeltungen sowie die Umsetzungsplanung der Integrationsagenda Schweiz und sind mit den Verordnungsentwürfen einverstanden.

Generell möchten wir anmerken, dass bei der Umsetzung der Integrationsagenda wo immer möglich bestehende kommunale Angebote zu berücksichtigen sind. Die Schaffung von Doppelspurigkeiten, - indem Kantone ohne Rücksprache neue Strukturen einsetzen – sollte vermieden werden.

Weiter möchten wir anmerken, dass die Finanzierung von Integrationsmassnahmen zugunsten der nicht aus dem Asylbereich stammenden Migrationsbevölkerung in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden ist, obwohl auch dort der Bedarf hoch ist. Wir sind der Ansicht, dass auch der spezifischen Integrationsförderung der übrigen Migrationsbevölkerung genügend Aufmerksamkeit zukommen muss.

Ergänzende Bemerkungen finden Sie im beiliegenden Fragebogen.



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband